



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1010 Wien, Schuberttring 14
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13A
1010 Wien

Per Email an:
marktregeln@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von	Unser Zeichen	DW	Datum
	LI/AP	39	31.7.2014

Stellungnahme des FGW zum Begutachtungsentwurf der Novelle 2014 zur Gas-Marktmodell-Verordnung (GMMO-VO Novelle 2014)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum übermittelten Entwurf der Novelle 2014 zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 2:

Wie schon im derzeitigen § 11 Abs 6 und 7 GMMO-VO wird auch im § 12 des vorliegenden Entwurfes der Begriff „Sub-Bilanzkonto“ ohne nähere Erläuterung verwendet (auch im Kapitel 1 SoMa Gas ist dazu nichts zu entnehmen). Eine Definition in den Begriffsbestimmungen des § 2 GMMO-VO ist daher erforderlich. Gleiches gilt auch für den verwendeten Begriff „Operational Balancing Agreement“ (siehe Anmerkungen zu § 41 Abs 11).

Zu § 12:

Die Regelungen des Entzugs einer systematisch ungenutzten Kapazität sollen sich nunmehr nicht mehr auf den Netzbenutzer, sondern auf die seitens des Bilanzgruppenverantwortlichen („BGV“) nominierten Kapazitäten beziehen. Dadurch soll dem österreichischen Marktmodell Rechnung getragen werden, wonach der BGV die Entry/Exit Kapazitäten nominiert.

Auch wenn diese Umstellung logisch erscheint, lässt die praktische Umsetzung jedoch vieles offen und wirft einige Probleme auf, die wir im Folgenden etwas näher aufzeigen möchten.

Der BGV nominiert die Kapazitäten in aggregierter Form, d.h. es ist nicht ersichtlich für welchen Netzbenutzer tatsächlich Kapazitäten nominiert werden. Ersichtlich ist nur die Gesamtkapazität, welche der BGV für alle Netzbenutzer, die dem jeweiligen BGV Kapazitäten übertragen haben, nominiert.

Gemäß Abs 2 soll der Fernleitungsnetzbetreiber („TSO“) den Entzug einer Kapazität dem Netzbenutzer schriftlich ankündigen. Unklar ist uns jedoch, inwiefern der TSO die aggregierte Kapazitätsnominierung den einzelnen Netzbenutzern zuordnet, da er uE nicht über die dafür notwendige Information verfügt.

Ferner soll als systematisch ungenutzte Kapazität gelten, wenn der BGV die seiner Bilanzgruppe bzw. seinem Sub-Bilanzkonto zugeordnete feste Kapazität dauerhaft während eines Zeitraumes von mindestens drei aufeinanderfolgenden Monaten innerhalb des vorangegangenen Kalenderjahres auf Stundenbasis nicht in Anspruch genommen hat. Ausgehend davon, dass Kapazitäten eines Netzbenutzers nicht auf alle Zeiten dem BGV zugeordnet sein müssen, stellt sich uns die Frage, wie bzw. wem tatsächlich die Kapazität entzogen werden soll: Es kann zB vorkommen, dass nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres ein Netzbenutzer Kapazitäten aus dieser Bilanzgruppe nimmt. Wem würde die Kapazität in diesem Fall entzogen (auch wieder unter Berücksichtigung, dass uE der TSO nicht weiß, welcher Netzbenutzer in welchem Ausmaß seine jeweilige Kapazität tatsächlich genutzt hat oder nicht)?

Des Weiteren erscheint uns auch die Situation von Transportkunden, die ihre Kapazitäten rein für Transit Zwecke nutzen, kritisch; diesen könnte die von ihnen anteilig eingebrachte Kapazität selbst dann entzogen werden, wenn diese ihren fiktiven Anteil vollständig oder ausreichend in Anspruch nehmen. Eine bestehende vertragliche Verpflichtung gemäß Abs 4 Z 2 muss nicht zwingend gegeben sein, um die Entziehung zu vermeiden.

Sofern unsere Annahme zutrifft, dass der TSO nicht über die konkrete Nominierung der einzelnen Netzbetreiber Bescheid weiß, müsste der Netzbenutzer zusätzlich zu den in Abs 4 genannten Möglichkeiten zur Abwendung eines Entzugs, diesen auch dadurch abwenden können, dass er die Inanspruchnahme seiner Kapazitäten nachweist.

Umgekehrt erscheint es uns nach wie vor möglich, dass Netzbenutzer das UIOLI umgehen, wenn sie ihre Kapazitäten einfach keinem BGV zuordnen bzw. rechtzeitig im Vorhinein aus einer Bilanzgruppe nehmen.

Teilweise fehlen uE auch klare Regelungen in Bezug auf die zeitliche Abfolge schriftlicher Ankündigung und der Wirksamkeit des Entzugs (es gibt lediglich die 14-tägige Frist, um den Entzug zu verhindern, es wird jedoch nicht angeführt, mit welchem Stichtag die Kapazitäten entzogen werden) sowie über die Dauer eines Kapazitätsentzugs (im Hinblick auf den Bezug auf den Entzug nach Abs 2 Z 3).

Weiters wäre eine klarstellende Regelung wünschenswert, in welche Kapazitätsprodukte (Laufzeit) eine entzogene Kapazität aufgeteilt werden soll und wann eine entzogene Kapazität den Netznutzern bzw. dem BGV wieder zur Verfügung steht.

In diesem Zusammenhang sollten die TSOs auch dazu verpflichtet sein, den BGV in Bezug auf die zugeordneten Kapazitäten Auskunft zu geben und über Änderungen der Zuordnung den BGV aktiv zu informieren. Diese Funktion könnte auch dem Marktgebietsmanager übertragen werden, welcher dem BGV ein Portal zur Verfügung stellt in dem die ihm zugeordneten Kapazitäten eingesehen werden können.

Abs 3:

Laut der beabsichtigten Formulierung des neuen § 12 Abs 3 „erfolgt die Entziehung im Falle von Bilanzgruppen bzw. Sub-Bilanzkonten, in die mehrere Netzbenutzer Kapazität eingebracht haben, anteilig entsprechend der von den Netzbenutzern eingebrachten Kapazität“. Dies hätte aber zur Folge, dass bei ungenutzten Kapazitäten in einer Bilanzgruppe einem darin bilanzierenden Bilanzgruppenmitglied seine Kapazitäten auch dann entzogen würden, wenn er diese immer vorschriftsmäßig genutzt hat. Ein solcher bilanzgruppenweiter „solidarischer Entzug“ von Kapazitäten wird unbedingt abgelehnt, da er die Kapazitätsplanung der unmittelbaren Bilanzgruppenmitglieder unwägbar Risiken aussetzt.

Änderungsvorschlag:

„(3) Die Kapazitäten sind vom Fernleitungsnetzbetreiber in folgendem Umfang zu entziehen; dabei erfolgt die Entziehung im Falle von Bilanzgruppen bzw. Sub-Bilanzkonten, in die mehrere Netzbenutzer Kapazität eingebracht haben, anteilig entsprechend der von den jeweiligen Netzbenutzern eingebrachten und nicht genutzten Kapazität:“

Zu § 13:Abs 1:

Die Möglichkeit, für nicht bzw. nicht zur Gänze in Anspruch genommene Kapazitäten ab der vereinbarten Netznutzung eine Zahlung einheben zu können, wird begrüßt. Allerdings sollte diese Möglichkeit auch bei Verträgen zulässig sein, in denen die Netznutzung innerhalb von drei Monaten ab Vertragsabschluss vereinbart wird.

Abs 2a:

Durch Abs 2a neu soll eine Abänderung der vereinbarten Höchstleistung im Netzzugangsvertrag nur einmal innerhalb eines Jahres erlaubt sein.

Jedoch besteht für Gaskraftwerke - aufgrund steigender, volatiler Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien und für die Beibehaltung des hohen Grades an Versorgungssicherheit in Österreich - der Bedarf an einer flexibleren Abänderung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung. Die geplante starre Regelung im Ans 2 lässt Gaskraftwerken auch kaum Chancen, Hochpreisphasen am freien Markt mit zusätzlichem Angebot zu bedienen.

Um den Einsatz von Stromerzeugungsanlagen im Bedarfsfall (zur Anpassung auf geänderte Marktbedingungen) flexibler zu gestalten, wird nachfolgender Textvorschlag unterbreitet.

„(2a) Eine Änderung der vereinbarten Höchstleistung gemäß Anlage 1 Punkt I Z 1 lit. c ist unter Berücksichtigung allenfalls vereinbarter Bedingungen gemäß Abs. 1 einmal innerhalb von zwölf Monaten möglich. Ausgenommen davon sind Elektrizitätserzeugungsanlagen.“

Abs 4:

Angesichts der Definition des Endverbrauchers in § 7 Abs 1 Z 11 GWG („eine natürliche oder juristische Person ..., die Erdgas für den Eigenbedarf kauft.“) sollte im neu angefügten § 13 Abs 4 GMMO-VO klar gestellt werden, dass Eigenverbrauchsanlagen des Netzbetreibers zum Betrieb der Erdgasleitungsanlagen (zB Druckregelstationen) nicht unter diese neue Bestimmung fallen:

Textvorschlag:

„(4) Fungiert das als Verteilernetzbetreiber tätige Unternehmen gleichzeitig als Endverbraucher, dessen Anlage an das eigene Verteilernetz angeschlossen ist, so sind die Bestimmungen des 2. und 3. Abschnitts zum Netzzugang sinngemäß anzuwenden. Nicht davon betroffen sind die Eigenverbrauchsanlagen des Netzbetreibers, die zum Betrieb der Erdgasleitungsanlagen dienen.“

Zu § 16:

Aus Sicht des Verteilergebiets sind zu § 16 Abs 1 und 1a drei Aspekte anzumerken:

1. Die Kapazitätsvermarktung sollte nicht auf das jeweilige Verteilernetz beschränkt werden. Als Kapazitätsverwalter des Verteilergebiets ist ausschließlich der Verteilergebietsmanager in der Lage, zu beurteilen, ob die Kapazität auch in einem anderen Verteilernetz vermarktet werden kann. Daher sollte die Einschränkung auf Netzbetreiber in § 16 Abs 1 (Abs 1 3. Satz 2. Halbsatz) gestrichen werden.
Weiters wird im 3. Satz die Wesentlichkeit bei der Reduktion der jährlichen Buchung ohne nähere Erläuterung mit einem Wert von 10 % festgesetzt. Dies ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und widerspricht der in unserem Rechtssystem üblichen Wertung, wonach unter Wesentlichkeit ein Wert zwischen 20 und 25 % verstanden wird (zB. wesentliche Beteiligung im Gesellschaftsrecht, wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse ua.). Wir schlagen daher eine Reduktion von mehr als 25 % der jährlichen Buchung vor.
2. Das beabsichtigte Konzept der „wirtschaftlich gleichwertigen Kapazitätsvermarktung“ in Abs 1a greift zu kurz. Nicht jeder gaswirtschaftlich sinnvolle Abtausch von Kapazitäten im Verteilergebiet muss gleichzeitig „wirtschaftlich gleichwertig“ sein. Es hat real bereits den Fall gegeben, das Kapazität von Produktion in Salzburg zu Speicher in OÖ von AGGM im Widerspruch zu der bestehenden Regelung (anderer Netzbetreiber und Tarif geht auf „Null“ zurück), aber im Konsens aller Beteiligten verschoben wurde. Die Alternative wäre eine Netzzugangsverweigerung oder Beschränkung auf unterbrechbare Kapazität für den Speicher in OÖ gewesen. Um eine für das Verteilergebiet effiziente Kapazitätsvermarktung betreiben zu können, ist es ausreichend, dass die Vermarktung „an anderer Stelle“ möglich ist.
3. Es sollte weiters eine Klarstellung in Abs 1a erfolgen, unter welche Bedingungen Speicherunternehmen vom Regime gemäß Abs 1 in das Regime gemäß Abs 1a wechseln können und dass das Speicherunternehmen nach Ablauf einer Vereinbarung gemäß Abs 1a Priorität für eine unmittelbar anschließende, weitere Nutzung der vorher vereinbarten Kapazität hat.

Änderungsvorschlag:

„§ 16. (1) Speicherunternehmen vereinbaren einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem Netzbetreiber, an dessen Netz die Speicheranlage angeschlossen ist (oder angeschlossen werden soll), die für die Ein- und Ausspeicherung maximal vorzuhaltende Kapazität. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, die zuletzt gebuchte Kapazität für das Folgejahr dauerhaft vorzuhalten. Eine Reduktion von mehr als ~~40~~25 Prozent der jährlichen Buchung gegenüber der zwischen dem Speicherunternehmen und dem Netzbetreiber für das betroffene Jahr vereinbarten Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem ~~der Netzbetreiber~~ diese Kapazität ~~wirtschaftlich gleichwertig~~ an anderer Stelle vermarktet ~~n~~ werden kann. Bei ausschließlich von einem einzelnen Speicherunternehmen initiiertem [...].“

(1a) Abweichend von Abs. 1 können Speicherunternehmen mit dem Netzbetreiber, an dessen Netz die Speicheranlage angeschlossen ist (oder angeschlossen werden soll), die für die Ein- und Ausspeicherung maximal vorzuhaltende Kapazität für eine Minstdauer von jeweils 15 Jahren vereinbaren. Die Netzbetreiber sind diesfalls verpflichtet, die gebuchte Kapazität für die Vertragsdauer sowie eine unmittelbar anschließende Kapazitätsvereinbarung gemäß Abs. 1 oder Abs. 1a vorzuhalten. Eine Reduktion der Buchung gegenüber der für die Vertragsdauer vereinbarten Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem ~~der Netzbetreiber~~ diese Kapazität ~~wirtschaftlich gleichwertig~~ an anderer Stelle vermarktet ~~n~~ werden kann. Eine Erhöhung der Buchung gegenüber der vorgehaltenen Kapazität ist im Wege des Netzzugangsantrags gemäß § 13 möglich.“

Zu § 17:

Wie zu § 16 Abs 1 ausgeführt sollte die Beschränkung der Kapazitätsvermarktung auf das jeweilige Verteilernetz vermieden werden, da ausschließlich der VGM in der Lage ist zu beurteilen, ob die Kapazität auch in einem anderen Verteilernetz vermarktet werden kann.

Änderungsvorschlag:

„§ 17. (1) Produzenten und Erzeuger von biogenen Gasen vereinbaren einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem Netzbetreiber an deren Netz deren Anlage angeschlossen ist (bzw. angeschlossen werden soll) die maximal für die Produktion vorzuhaltende Kapazität. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, die zuletzt gebuchte Kapazität für das Folgejahr dauerhaft vorzuhalten. Eine Reduktion von mehr als ~~40~~25 Prozent der jährlichen Buchung gegenüber der dauerhaft vorzuhaltenden Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem ~~der Netzbetreiber~~ diese Kapazität an anderer Stelle vermarktet ~~n~~ werden kann. Eine Erhöhung der jährlichen Buchung gegenüber der vorgehaltenen Kapazität ist im Wege des Netzzugangsantrags gemäß § 13 möglich.“

Zu § 24:Abs 2:

Entsprechend § 93 Abs 1 Z 1 GWG 2011 idF GWG-Novelle 2013, der die Voraussetzungen für die Genehmigung der Tätigkeit eines Bilanzgruppenverantwortlichen festlegt, ist auch im angefügten Satz zu § 24 Abs 2 GMMOVO die Erdgasbörse am VHP aufzunehmen.

Durch die Mitgliedschaft des BGV einer gemeinsamen Netzverlustbilanzgruppe an der Erdgasbörse wird sichergestellt, dass diese besondere Bilanzgruppe für die Ermittlung der Netzverluste im Falle einer Unausgeglichenheit vom Marktgebietsmanager über die Erdgasbörse ausgeglichen werden kann.

Diese Klarstellung ist insofern notwendig, da gemäß § 24 Abs 2 GMMO-VO die Ausübung der Tätigkeit eines BGV für Netzverluste keiner förmlichen Genehmigung durch die Regulierungsbehörde bedarf. Grundsätzlich ist aber der Nachweis der Börsemitgliedschaft dem Antrag auf Genehmigung bei der Regulierungsbehörde anzuschließen (siehe § 93 Abs 1 Z 2).

Diese Klarstellung trägt daher dazu bei sicherzustellen, dass der BGV, welcher eine Netzverlustbilanzgruppe betreibt über eine Börsemitgliedschaft an der Erdgasbörse verfügt.

Änderungsvorschlag:

„Bilden mehrere Netzbetreiber eine gemeinsame Netzverlustbilanzgruppe so hat der benannte Bilanzgruppenverantwortliche einen entsprechenden Vertrag mit dem Bilanzgruppenkoordinator bzw. dem Marktgebietsmanager, ~~und~~ dem Betreiber des Virtuellen Handelspunktes und der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt abzuschließen.“

Abs 5:

Um Anbieter auch in benachbarten Marktgebieten (insbesondere für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg im Marktgebiet NCG) erreichen zu können sowie sich die Option auf Modell-erweiterungen bei der gemeinsamen Netzverlustenergiebeschaffung nicht zu verschließen, sollte ein Einkauf uneingeschränkt auch von Anbietern auf nationalen und internationalen Handelsplattformen ohne Änderung der GMMO-VO möglich sein. Daher wird folgende Text-änderung vorgeschlagen:

„(5) Netzverluste und Eigenverbrauch sind durch Einkauf ~~von einer Bilanzgruppe~~ zu marktüblichen Preisen abzudecken.“

Zu § 41:

Im neuen Abs 11 geht aus dem Text und den Erläuterungen nicht ganz klar hervor, dass die Umstellung von Tages- auf Stundenbilanzierung in Tirol und Vorarlberg nur den „kleinen Grenzverkehr“ im Verteilernetz (zB nach Liechtenstein) betrifft und nicht die Versorgung von Endkunden in Tirol und Vorarlberg über den „großen Grenzverkehr“ (deutsches Marktgebiet NCG). Dies sollte zumindest in den Erläuterungen zu § 41 Abs 11 – etwa wie zu § 37 Abs 4 – klar gestellt werden.

Gemäß Satz 2 des Abs 11 entsprechen die bestätigten Mengen auch den allokierten Mengen, wenn mit dem angrenzenden nachgelagerten Netzbetreiber ein „Operational Balancing Agreement“ (OBA) vereinbart wurde. Wie bereits beim geltenden § 27 Abs 4 stellt sich die Frage, was ein „Operational Balancing Agreement“ eigentlich ist (dazu ist eine Begriffsdefinition in § 2 erforderlich) und um welchen Regelungsinhalt es sich hier konkret handelt.

Abschließend danken wir für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersuchen um deren Berücksichtigung in der Endfassung der GMMO-VO Novelle 2014. Für allfällige Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, flowing letters that appear to be 'M. Mock'.

Mag. Michael Mock
Geschäftsführer

A handwritten signature in black ink, featuring a more complex and cursive script that appears to be 'M. Lichnovsky'.

Mag. Michael Lichnovsky
Bereich Gas